

// BREMISCHER GEWERKSCHAFTSTAG AM 22.-23. NOVEMBER 2017 //

Beschluss GT 16/17

Forderungen der GEW zur Behebung des Lehrkräftemangels

Die Lage an den Schulen des Landes Bremen ist durch einen zunehmenden Lehrkräftemangel gekennzeichnet. In der Stadtgemeinde Bremen konnten zum Schuljahresanfang an den allgemeinbildenden Schulen Bremens 50 Stellen nicht besetzt werden. Weitere 150 Stellen sind mit mehr als 500 Vertretungskräften ohne abgeschlossene Ausbildung besetzt. Nur 93% des Unterrichts werden dort von Lehrkräften mit zweitem Staatsexamen ausgefüllt. Seit Jahren fehlen Lehrkräfte mit sonderpädagogischer Qualifikation, obwohl der Bedarf durch die Inklusion ständig steigt.

In Bremerhaven ist der Mangel noch größer. In den letzten beiden Jahren konnten 39 bzw. 35 Stellen für Lehrkräfte zu Schuljahresbeginn nicht besetzt werden. Jede(r) sechste Kolleg*in besitzt mittlerweile keine „bodenständige“ Lehramtsausbildung. Zudem gibt es in den Kollegien vermehrt Studierende als Vertretungskräfte.

Diese Situation ist Teil eines bundesweiten Mangels. Er zeigt die Unfähigkeit der Kultusministerkonferenz in ihrer Gesamtheit zu angemessener Ressourcenplanung. Aber das ist nur die halbe Wahrheit: Zugleich gibt es einen großen Anteil hausgemachter Ursachen: Da die größte Zahl der Bremer Lehrkräfte Ende der 1970er Jahre eingestellt wurde und danach ein langer Einstellungsstopp folgte, haben wir es seit einigen Jahren mit einer hohen Zahl von Pensionierungen zu tun. Es war absehbar, dass der Einstellungsbedarf besonders hoch ist. Die GEW hat oft genug darauf hingewiesen. Die Lage erforderte eine rechtzeitige Aufstockung der Ausbildungskapazitäten. Aber stattdessen wurden viele Ausbildungsplätze weggekürzt: An der Universität wurden die Studiengänge Behindertenpädagogik, Sport und Deutsch als Zweitsprache abgeschafft und dann auch noch 100 Referendariatsplätze abgebaut. (Auf Drängen der GEW und des Personalrats wurde die Zahl der Referendariatsplätze inzwischen wieder auf den alten Stand von 550 gebracht.)

In dieser durch politische Versäumnisse herbeigeführten Not sind zwei Aufgaben zu lösen:

- 1) Es müssen jetzt in möglichst kurzer Zeit möglichst viele möglichst gut qualifizierte Fachkräfte ausgebildet werden. Diese Quadratur des Kreises kann nur gelingen, wenn massiv in die Qualität und Quantität der Ausbildung investiert wird.

- 2) Aufgrund der hier herrschenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen ist es zurzeit wenig attraktiv, im Lande Bremen eine Stelle anzutreten. Diese Bedingungen müssen umgehend verbessert werden, um für einen Berufseinstieg in Bremen zu werben.

Daher fordert die GEW:

Ausweitung und Verbesserung der Ausbildung:

- Frühzeitige Einstellungsverfahren , um alle benötigten Stellen zu besetzen.
- Schnelle und unbürokratische Aufnahme aller Bewerber*innen mit abgeschlossener Lehramtsausbildung in das Referendariat
- Aufhebung der Personalabbauquote für das LIS und Schaffung neuer Stellen für Ausbildungsbeauftragte und Fachleiter
- Einrichtung von Entlastungsstunden dauerhaft zur Anleitung und Unterstützung der Vertretungslehrkräfte
- Ausreichende Entlastungsstunden für Seiteneinsteiger*innen
- Umgehende Einrichtung des Studienganges Inklusive Pädagogik für die Sekundarstufe an der Universität Bremen
- Wiedereinrichtung der Studiengänge Deutsch als Zweitsprache, Sport und Arbeitslehre
- Anerkennung von Deutsch als Zweitsprache (DAZ) als zweites Fach.

Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen:

- A 13/E 13 für alle Lehrkräfte mit abgeschlossenem Referendariat
- Senkung der Pflichtstunden um zwei Unterrichtsstunden für alle Schulstufen
- Schrittweise Angleichung der Schüler/Lehrer-Relation an die anderen Stadtstaaten

Folgende von der Bildungsbehörde erwogene Maßnahmen sind abzulehnen:

Kein Etikettenschwindel in der Ausbildung:

Geradezu genial scheint der Behörde in ihrem kürzlich vorgelegten Personalentwicklungskonzept die Idee zu sein, Vertretungsunterricht von Studierenden zum Bestandteil ihrer Ausbildung zu deklarieren und ihnen für diese Tätigkeit Studienanteile anzuerkennen. So gibt man der Not den Anschein der Tugend. Mit wissenschaftlich begleiteter Praxiserprobung als Teil des Lehramtsstudiums hat diese Idee nichts zu tun.

Keine Verschlechterungen bei Teilzeit, Beurlaubungen und Frühpensionierungen:

Als „ultima ratio“ sollen die „vorhandenen Ordnungsmittel“ ausgeschöpft, d.h. Teilzeitanträge, Freistellungen und Frühpensionierungen sollen erschwert oder ganz gekappt werden. Solche Maßnahmen bewirken das Gegenteil vom Beabsichtigten: Viele Lehrkräfte sind nicht freiwillig in Teilzeit. Die überhöhte Pflichtstundenzahl und die persönlichen Umstände zwingen sie dazu. Genauso ist es mit der Frühpensionierung. Wer sich hier daran macht, die „vorhandenen Ordnungsmittel“ zu verschärfen, treibt den Krankenstand in die Höhe und setzt eine Negativspirale von Demotivierung und „Dienst nach Vorschrift“ in Gang.